

**Die Sicherheit Europas.
Das Gleichgewicht der Kräfte und seine Bedrohungen in Geschichte und
Gegenwart**

**1. Lehrmeinungen in der Sowjetunion und in Russland im Lichte der
Geschichte**

Der „Große Vaterländische Krieg“ und die Befreiung des sowjetischen Territoriums von der deutschen Besetzung stellen zentrale erlebte und nachempfundene Erlebnisse im Werdegang jedes sowjetischen, jedes russischen Offiziers dar – daher auch die Beschäftigung mit Deutschland in Geschichte und Gegenwart.

Das Selbstverständnis des russischen (sowjetischen) Offiziers wird von dem Bewusstsein und Wissen um die nuklear-strategische Parität mit den USA bestimmt.

Das Selbstverständnis als Weltmacht wird auch von der territorialen Ausdehnung Russlands (Sowjetunion) vom Pazifik bis zum Atlantik (Nordmeer) und den Randmeeren des Atlantiks bestimmt.

Die systembedingte technologische Rückständigkeit gegenüber dem Westen – vor allem den USA, Großbritannien und Deutschland – wird durch Wirtschaftsspionage und zahlenmäßige Überlegenheit der Streitkräfte kompensiert.

Gorbatschow beendete – nach Vorarbeit von Andropow (KGB-Chef bis 1982) – die Bindung der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik an die Lehren von Marx und Engels, denen zufolge das kapitalistische System an seinen inneren Widersprüchen und seinen imperialen Kriegen zugrunde gehen wird.

Gorbatschow stellte auf das Gleichgewicht der Kräfte zwischen NATO und dem Warschauer Pakt ab (Defensiv-Strategie; Nukleare Parität; Vertrag vom 19. November 1990 über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa zwischen KSE-NATO-Mitgliedstaaten und WP-Mitgliedstaaten)

2. Militärische Genese der Russischen Föderation bis 1999

Militärpolitische/sicherheitspolitische Situation Russlands unmittelbar nach dem Ende der UdSSR

Die Machtorgane der Sowjetunion – einschließlich Militär, Geheimdiensten, Regierung und KP – versuchten, mit dem Staatsstreich vom 21. August 1991 die von Gorbatschow (Präsident der Sowjetunion) und Jelzin (Präsident der Russischen Föderation) ausgehandelte Umwandlung der zentralistisch strukturierten Sowjetunion in eine föderale Struktur mit Machtteilung zwischen dem Zentralstaat und den fünfzehn Föderationsmitgliedern zu verhindern.

Die westlichen Geheimdienste hatten diese Staatskrise erwartet.

Die schon auf den russischen Präsidenten vereidigten Streitkräfte unterstützten Jelzin beim gewaltsamen Niederschlagen der Staatsrevolte. In den Gorbatschow-Jahren unterstützte die Militärführung den Verständigungskurs von Gorbatschow gegenüber dem Westen, insbesondere die Null-Lösung bei den Mittelstrecken-Raketen (SS 20 – Pershing-Raketen und Marschflugkörper) sowie die Ankündigung von Gorbatschow in der VN-Generalversammlung vom Jahre 1988 auf Umstellung der sowjetischen Strategie von Angriff auf Verteidigung und der Bereitschaft der UdSSR auf Herstellung numerischer Gleichheit der konventionellen Streitkräfte in EUROPA, d.h. überproportionale Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte.

Probleme der Streitkräfte in Russland von 1990 bis 1998

Wladimir Putins Erklärung „Die Auflösung der Sowjetunion ist die größte Tragödie des 20. Jahrhundert“ drückt die Gemütslage der Offiziere der Roten Armee im Jahre 1991 aus – verstärkt um den für die Armee schwer nachvollziehbaren Rückzug aus den WP-Mitgliedstaaten (Polen, DDR, Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn und Bulgarien). Nicht in allen Ländern standen Verbände der Sowjetunion, aber alle diese Länder waren in die strategische Planung der Sowjetunion integriert.

Die Unterversorgung der Streitkräfte sowie die Korruption hatten die Moral der Truppe unterminiert. Deutschland stellte die Mittel für den Bau der Wohnungen der aus Deutschland zurückkehrenden Truppen bereit. Finnische und türkische Firmen führten die Bauten aus.

In den baltischen Republiken, in Georgien und in der Ukraine sowie in den zentralasiatischen Republiken wurde die Auflösung der Sowjetunion begrüßt. In Belarus war das Echo gemischt.

Nach der Auflösung der Sowjetunion mussten Teile des KSE-Vertrages vom November 1990 über Höchstgrenzen der konventionellen Streitkräfte zwischen dem Ural und dem Atlantik neu verhandelt werden. Der angepasste Vertrag wurde bei der KSZE-Gipfelkonferenz im November 1999 in Istanbul unterzeichnet, bislang aber noch nicht von allen Ländern ratifiziert. Russland hat sich zum Teil aus dem Vertrag zurückgezogen.

Die strategische Bedeutung der Verträge vom Herbst 1990 (deutsche Wiedervereinigung, Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa und die Charta von Paris für die Herstellung des Gemeinsamen Hauses Europa auf der Basis eines gemeinsamen europäischen Wertekodexes (Menschenrechte, Gewaltenteilung, freie und faire Wahlen) ist zum Teil durch die nachfolgenden Entwicklungen in Frage gestellt worden – z.T. jedenfalls – allerdings nicht die Herstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage des „2+4-Vertrages“ vom 12.9.1990.

Die Wiederherstellung eines starken Staats in Russland – unter Putin – und der im Jahre 2008 von Präsident Medwedjew formulierte Anspruch, als russische Führungsmacht aus strategischen Gründen in den Nachbarstaaten sowie zum Schutz von Russen in den Nachbarstaaten, d.h. in den früheren Sowjetrepubliken intervenieren zu können – auch militärisch –, hat in Europa zur politischen Konfrontation mit sicherheitspolitischen Implikationen geführt (Majdan Februar 2014; Annexion der Krim durch Russland im Frühjahr 2014; Einschleusen russischer Truppen in die Ostukraine).

Die Inanspruchnahme ihres Rechts, sich sicherheitspolitisch nach eigener souveräner Entscheidung zu binden hat die baltischen Republiken sowie andere Teilnehmer Warschauer Pakts zur Auflösung des Warschauer Pakts veranlasst (1991). Ihre Aufnahme in das NATO-Bündnis und in die EU hat negative Reaktionen in Moskau ausgelöst. Diese Entwicklung hat sicher auch zur neuen offensiven Außenpolitik des Kremls in Osteuropa beigetragen. Russland strebt im Wege der Eurasischen Union ein Gegengewicht zur EU und NATO in Europa an. Dem Eurasischen Union sollen nach Möglichkeit alle früheren Sowjetrepubliken angehören Die russische Des-Informationenkampagnen gegen NATO- und EU-Mitgliedstaaten in Europa haben durchaus eine strategische Zielsetzung und zwar, die Entfremdung zwischen den transatlantischen Partnern zu fördern.

Bewertung des Zustands der russischen Streitkräfte in den neunziger Jahren

In der Ära Jelzin haben zahlreiche Kontakte zwischen russischen und westlichen Streitkräften stattgefunden, u.a. im Zusammenhang mit der Umsetzung der Abrüstungsmaßnahmen gemäß dem KSE-Vertrag von 1990 und der Demobilisierung nuklearer Sprengkörper. In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden aus früheren sowjetischen Verbänden nationale Streitkräfte aufgebaut – eine enorme politische Aufgabe. Die materiellen Voraussetzungen für den Aufbau der nationalen Streitkräfte waren in allen Nachfolgestaaten unbefriedigend. Andererseits bedeutete die Öffnung der Kontakte zu den westlichen Streitkräften eine enorme Verbesserung der psychologischen Lage. Die Alliierten des Zweiten Weltkrieges sprachen wieder miteinander auf Augenhöhe und in friedlicher Absicht. Das gilt aber auch für die Beziehungen der Streitkräfte der frühere Kriegsgegner Russland und Deutschland, die sich nun entwickeln konnten!

Außenpolitische Zielsetzungen Russlands in der Ära Jelzin und in der Ära Putin

„Der Westen“ und Russland waren in den neunziger Jahren Partner auf Augenhöhe und strebten die Sicherung des Friedens durch die Umsetzung der Vereinbarungen vom November 1990 an. Moskau öffnete sich der Zusammenarbeit mit dem Westen – auch nach der Auflösung der Sowjetunion. Zunächst traten keine negativen Wirkungen ein, als der Auflösung des Warschauer Pakts nicht die Auflösung der NATO folgte.

Seit 1995 wurde über die Erweiterung von NATO und EU gesprochen. Jelzin und andere sprachen von dem möglichen Beitritt Russlands zur NATO. Russland war ein unverzichtbarer Partner bei den KSZE/OSZE-Krisenberatungen zu den Konflikten in dem sich auflösenden Jugoslawien.

Der Kurswechsel in den außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen Moskaus trat schrittweise nach dem Machtantritt Putins im Winter 1999/2000 ein: Russland sah in den Demokratie-Prozessen und deren Förderung durch Nichtregierungsorganisationen und Regierungen des Westens (OSZE) Ausdruck eines US-Weltmachtanspruch. Daher unterband Putin nach der Übernahme der Staatsgeschäfte die Demokratieförderung durch die OSZE in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Nach den Terroranschlägen vom 9. September 2001 formierte sich unter Einschluss Russlands eine Anti-Terror-Allianz. Russland stimmte für die UN-

Resolution zum militärischen Einsatz gegen die Taliban in Afghanistan zu, nachdem Kabul die Auslieferung Bin Ladens abgelehnt hatte. Das Anti-Terror-Bündnis wurde beendet durch den von den Vereinten Nationen nicht autorisierten US-Krieg – unterstützt von Großbritannien – gegen den Irak im Jahre 2003 mit dem Ziel, Saddam Hussein zu stürzen. Moskau, Paris und Berlin verhinderten im VN-Sicherheitsrat die Autorisierung des US/GB-Angriffs auf den Irak.

Moskau versucht seither, amerikanische Interventionen in den Nahostkonflikten zu konterkarieren.

Durchsetzung eigener russischer Interessen mit militärischen Mitteln bis 1999

Moskau setzte – mit Unterstützung der USA – die Rückgabe der in Kasachstan, der Ukraine und in Belarus stationierten sowjetischen Nuklearraketen durch und sagte deren Abrüstung zu. Das ist unter internationaler Kontrolle geschehen.

Russland beteiligte sich aktiv an den OSZE-Verhandlungen über die Anpassung des KSE-Vertrags an die strategischen Verhältnisse, die durch die Auflösung der Sowjetunion eingetreten waren.

Moskau setzte mit der Stationierung der 14. Armee in Transnistrien praktisch die Teilung von Moldau durch.

Moskau stütze die de-facto-Abspaltung Abchasiens vom georgischen Mutterland.

Moskau setzte die Selbstverwaltung von Sewastopol und einen langfristigen Stationierungsvertrag für die russische Marine auf diesem Stützpunkt durch, obschon die Krim zur Ukraine gehört.

Nach 1990 traten wichtige Vereinbarungen über die militärpolitische und militärische Zusammenarbeit zwischen NATO und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Kraft, und zwar in Verbindung mit dem 1992 vereinbarten Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (Partnership for Peace). 2002 wurde der NATO-Russland-Rat – parallel zum „Ständigen NATO-Rat“ gebildet, der bis heute besteht.

Zustand der russischen Nachrichtendienste vor 1991

Das KGB unterstützte den Staatsstreich vom 21. August 1991. Die Leitung des Dienstes war an der Vorbereitung des Staatsstreichs beteiligt.

Das KGB-Quartier gab offenbar keinerlei Weisungen an die Berlin-Station nach Öffnung der Mauer am 9. November 1989. Auch die Botschaft in Ost-Berlin erhielt keinerlei Weisungen.

Es war der KGB-Chef Jury Andropow, der Ende der siebziger Jahre das Politbüro über die tatsächliche Lage der Sowjetunion in der Auseinandersetzung mit den USA und dem Westen unterrichtete: Entgegen den Annahmen vom Marx/Engels bricht, wie Andropow darlegte, das kapitalistische System nicht an den behaupteten inneren Widersprüchen zusammen und zerstört sich auch nicht mehr selbst in imperialen Rivalitäten um die Vorherrschaft. Daher muss die Sowjetunion eine strategische Verständigung mit den USA, mit dem Westen suchen, um sich neben dem kapitalistischen System selbst zu modernisieren und konkurrenzfähig zu werden.

Die russischen Nachrichtendienste nach 1991

Jelzin hat die Reorganisation der Nachrichtendienste in Russland vorangetrieben, um sie sowohl im In- und Ausland als auch gegenüber den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion handlungsfähig zu halten: Lageerfassung und Intervention. Das ist bis zum heutigen Tag gelungen. Einige Beobachter stellen fest: Für der Kontrolle des Landes ist der Russische Geheimdienst als zentrales Kontrollorgan an die Stelle der KPdSU getreten (Dissertation und Buchfassung von Dr. Ulf Walther über die sowjetischen und die russischen Dienste, etwa 2012 veröffentlicht).

Die russischen Dienste haben nach sowjetischem Vorbild erhebliche Kapazitäten für Desinformations-Kampagnen aufgebaut und unterstützen – je nach Interessenlage der Kremlführung – nationalistische, revolutionäre oder opportunistische Kreise in dritten Ländern, vor allem in Deutschland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und in den Ländern des ehemaligen Warschauer Pakts.

Genese russischer Nachrichtendienste 1999-2000

Retrospektiv muss man zu der Auffassung gelangen, dass sich ein „Freundeskreis mit Wladimir Putin (stellvertretender Bürgermeister) in Petersburg – aus unterschiedlichen Strukturen der Sowjetunion, aber mit dem

Schwerpunkt des KGB zusammentat, um die Nachfolge Jelzins zu organisieren. Putin war schon 1999 in der Kremladministration tätig. Er hat die Verbindung des Petersburger Freundeskreises immer bewahrt – als ein spezielles Einfluss- und Steuerungs-„Organ“ nicht staatlichen Charakters. Seine Obsession ist es, durch Verknüpfung russischer und deutscher Interessen die Vormacht der USA in Europa und darüber hinaus zu brechen (Rede im Deutschen Bundestag 2001; Schröder-Rede in der Evangelischen Akademie Bad Boll 2007).

3. Militärische Genese der Russischen Föderation 1999-2007

EU- und NATO-Erweiterung

Bis zur Übernahme der Staatslenkung durch Putin bestand grundsätzlich zwischen der Bevölkerung im Westen und in Russland sowie anderen Nachfolgestaaten die Vorstellung, dass die Umsetzung der Beschlüsse der Charta von Paris die Länder der früheren Sowjetunion und des Warschauer Pakts auf den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Pfad des Westens bringen wird. In Russland und anderen Nachfolgestaaten kamen mit dem Verfall der wirtschaftlichen politischen und sozialen Sicherheit Zweifel an der Relevanz der „europäischen Werte“ für die Transformationsländer der früheren Sowjetunion auf. Das geschah in Verbindung mit dem Absturz des Rubels im Jahre 1998 und im Zusammenhang mit der Kosovo-Krise (199/2000) sowie des US-Angriffs auf den Irak (2003). Putin setzte diese Zweifel in einen fundamentalen Kurswechsel in der Frage des Selbstverständnisses Russlands und in der Einschätzung der USA und des Westens durch Russland um.

Putin setzte sofort nach Übernahme des Amtes auf die Herstellung staatlicher Ordnung und staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Die privaten Oligarchen wurden in die Pflicht genommen. Staat und Kapitalwirtschaft kamen unter staatliche Kontrolle. Die Unabhängigkeit der Gerichte wurde beseitigt, ebenso die in der Jelzin-Verfassung entwickelte genuin föderale Struktur der Föderation. Nach jahrelangen Diskussionen über die Identität Russlands nach dem Untergang des kommunistischen Systems brachte Putin, unterstützt von der Russisch-Orthodoxen Kirche, „die Welt für die Russen wieder in Ordnung“. Er ordnete den Demokratisierungsprozess auf der Grundlage der Charta von Paris neu und identifizierte die westlichen Demokratisierungsbestrebungen als Manifestation des US-Weltherrschaftsanspruchs, dem die europäischen Bündnispartner willfährig folgte, dies aber Russland auf der Grundlage des Selbstverständnisses nicht tun könne. Als strategische Macht stehe sie auf Augenhöhe mit der strategischen Macht Washington und aus kulturellen Gründen auf eigenen Grundlagen, die sich in der Selbständigkeit der russischen Geschichte und in der Verbindung mit der Russisch-Orthodoxen Kirche

manifestiert. Das „Dritte Rom“ wird der Leitgedanke des von Putin geführten Russlands, dessen Führer (Putin/Medwedjew) im Jahre 2008 – noch vor der Georgien-Kampagne – erklärten, dass Russland die Modernisierung des Landes in Kooperation mit der Europäischen Union nicht weiter verfolge und dass nach dem Selbstverständnis der Geschichte Moskau als Führungsmacht der angestrebten Eurasischen Union legitimiert ist, Russen in allen Teilen der früheren Sowjetunion zu schützen und das Recht für sich in Anspruch nimmt, aus strategischen Gründen in den Nachbarstaaten zu intervenieren.

Putin kündigte auch Teile des KSE-Vertrags und etablierte damit eine Macht mit weltpolitischem Führungsanspruch, die in Europa die Reduzierung des US-Einflusses anstrebt und auf die gemeinsamen Interessen Russlands und Deutschlands abstellt (Rede vor dem Deutschen Bundestag 2001).

Zweiter Tschetschenen-Krieg

Putin hat bei mehreren Anlässen die Bedeutung des Militärischen im Selbstverständnis Russlands betont. Er charakterisierte Russland als ein Land, das sich ständig im Kriege befinden – im Inneren des Landes wie gegenüber Bedrohungen aus der internationalen Politik. Das Rational des Konzepts „Russkij Mir“ stellt das russische Volk als das einzige im Rahmen der Russischen Föderation dar, das zur Gestaltung staatlicher Ordnung befähigt ist. Russifizierung der Bevölkerung, die das Russische nicht als Muttersprache spricht ist, ein wichtiges Mittel, um die russische Ordnung durchzusetzen. Die Pflege der Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg und die Ehrung der Opfer, die die Sowjetunion für den Sieg gebracht hat, stellt ein einiges Band für alle Ethnien des ganzen Landes dar. Die gemeinsame Erinnerungskultur kann zur Durchsetzung russischer Herrschaftsansprüche im früheren sowjetischen Raum genutzt werden.

Es darf nicht übersehen werden, dass die in Russland und einigen anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion genutzte Methode zur Privatisierung der staatlichen Unternehmen – die Verteilung von Anteilsscheinen, Voucher genannt, an die Bürger des Landes – zu großen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen geführt hat, die in allen Teilen des Landes große Zweifel an der Relevanz „europäischer Werte“ als Richtschnur für die Transformation hat aufkommen lassen. Politische Verwerfungen folgten.

Einflusspersonen um die Jahrhundertwende in Fragen der Sicherheitspolitik

Es ist schwer, retrospektiv Personen zu identifizieren, die auf Grund ihrer Machtposition oder ihrer Sachkenntnisse die russische Sicherheitspolitik inhaltlich bestimmten, auf sie Einfluss ausübten und einen anderen Kurs anstrebten, z.B. die Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit den USA und Europa im Interesse eines offenen Russlands. Putins selbst verknüpfte russische Interessen mit den Folgen der Terroranschläge in den USA bei der Zusammenarbeit mit den USA in Afghanistan (Versorgung). Gleichzeitig setzte Putin im OSZE-Rahmen die Einstellung der Zusammenarbeit mit dem Demokratie-Auftrag der OSZE auf der Basis der Charta von Paris (November 1990) durch. Das habe ich bei der Erörterung meiner Berichte im Ständigen Rat der OSZE in Wien über den Fortgang meiner Beratungstätigkeit in Belarus (bis Ende 2001) erfahren.

Stärkung der russischen Geheimdienste unter Putin

Ich verweise auf die Dissertation von Dr. Ulf Walther zu dem Thema.

Zur Stärkung der innenpolitischen Stabilität schuf Putin Koordinatoren für jeweils 6 bis 10 Föderationssubjekte. In den meisten Fällen handelte es sich bei den Personen, die diese Koordinationsaufgabe übernahmen, um frühere KGB-Mitarbeiter. Entgegen der Jelzin-Verfassung von 1996 wurden nunmehr auch die Gouverneure in den meisten Föderationssubjekten wieder von der Zentrale ernannt und gingen nicht mehr aus Wahlen in den Föderationssubjekten hervor. In Petersburg und Moskau werden die Bürgermeister (Gouverneure) weiterhin gewählt.

Vergleich der Reden Putins im Bundestag 2001 und in München 2007 (Sicherheitskonferenz)

Putins Reden im Bundestag 2001 und auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 beleuchten Aspekte der Weltsicht Putins:

Im Deutschen Bundestag warb Putin für eine enge Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland, um einen optimalen Einfluss Europas auf das Weltgeschehen ausüben zu können (Gerhard Schröder stellte sich in seiner Rede auf einer Tagung der Evangelischen Akademie auf den Boden dieses Bündnis-Projekts, um den USA die Stirn bieten zu können. Im Jahre 2017 oder 2018 übernimmt Schröder in dem russischen Öl-Giganten ROSNEFT eine

Leitungsposition. Mit Hilfe von ROSNEFT soll russischer Einfluss weltweit gefördert werden.).

Im Jahre 2007 hat Putin seinen Mitspracheanspruch in allen Weltangelegenheiten gefordert und die USA bezichtigt, die Weltherrschaft zu erringen zu wollen oder sie zu vertiefen. Das ist Putins Glaubensbekenntnis.

Gründe für den Wandel der geopolitischen Perspektiven Putins zwischen 2001 und 2007

Ich habe bereits dargelegt, dass es einen inneren Zusammenhang zwischen den beiden Reden gibt, und zwar den der Weltsicht Putins, dass die USA die Weltherrschaft ausüben oder anstreben, und dass Russland – die nuklearstrategische Gegenmacht zu den USA – diesem Anspruch der USA widersprechen muss – und europäische Unterstützung sucht, also Unterstützung von einem Kontinent, den die USA nach russischer Sicht beherrschen (NATO).

4. Militärische Genese der Russischen Föderation nach 2008 bis 2013

Beurteilung des Georgien-Krieges 2008

Der Angriff der USA und GB auf den Irak im Jahre 2003 hatte die Beziehungen zwischen Washington und Moskau nachhaltig beschädigt.

Bush jun. verfolgte auch in seiner zweiten Amtszeit einen Moskau kritischen Kurs und strebte die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in NATO an.

Die USA rüsteten Georgen auf. Georgien stellte zwei Brigaden für den Irakkrieg. Wegen der indirekten russischen Intervention in Südossetien waren die Beziehungen zwischen Moskau und Tbilissi angespannt. Wie die Aktenlage zeigt, ging Georgien in die Falle und intervenierte militärisch in Südossetien, worauf hin Moskau bereitstehende Truppen zum Gegenangriffs aktvierte und auch Teile Georgiens besetzte.

Das Projekt NATO-Erweiterung um Georgien und Ukraine blieb unentschieden und stellt weiterhin eine Option des Westens dar. Nach der Majdan-Krise 2014 hob die Ukraine die auf Neutralität ausgerichtete Verfassungsklausel auf.

Derzeit gibt es innerhalb der NATO keinen politischen Druck auf Umsetzung der Beitrittsoption für Georgen und die Ukraine.

Außenpolitisches Dogma Medwedjew 2008 - Wirtschaftsdogma Putin 2008

Mit ihren Dogmen zur Außen- und Wirtschaftspolitik Russlands aus dem Jahre 2008 hat Russland sich von der europäischen und der transatlantischen Kooperation abgesetzt, die in der Charta von Paris im November 1990 vereinbart wurde. Fortan gründete Moskau die eigene Außenpolitik auf die russische Interpretation des Völkerrechts:

Im Sommer 2008 erklärte Präsident Medwedjew als neue außenpolitische Doktrin den völkerrechtlich gesicherten Anspruch Moskaus, in den Nachbarstaaten (frühere Mitglieder der Sowjetunion) aus strategischen Gründen oder zum Schutze von Russen militärisch und politisch intervenieren zu können (Am 17. September 1939 begründete die Sowjetunion die Intervention in Polen mit dem Anspruch, Russen in Polen gegen polnische Unterdrückungsmaßnahmen schützen zu müssen).

Im Jahre 2008 kündigte Ministerpräsident Putin die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf dem Felde der Modernisierung Russlands im Wege der Kooperation mit der EU auf – eine Vision, die Andropow und Gorbatschow bei ihren Reformansätzen in den achtziger Jahren in Aussicht genommen hatten.

Putin erklärte, dass sich Russland zukünftig auf die eigenen Entwicklungskapazitäten abstützen wird, vornehmlich auf die Rüstungs- und Weltraumtechnologie der Sowjetunion.

Aufrüstung Russlands

Die forcierte Modernisierung der russischen Streitkräfte setzte 2008 ein, wurde aber nach dem Verfall der Erdöl- und Gaspreise auf dem Weltmarkt ständig zeitlich gestreckt, bzw. finanziell gekürzt.

Russischer Dominanzanspruch

Mit dem Regierungsantritt von Putin im Dezember 1999 setzt die Renationalisierung Russlands ein (Ablehnung eines transatlantischen Bündnisses unter Einschluss von Russland): Im Rahmen der OSZE wird die Demokratieberatung im Sinne der Charta von Paris für den Raum der früheren Sowjetunion gestoppt – auf russischen Druck. Das russische Demokratieverständnis wird propagiert, z.B. bei internationaler Wahlbeobachtung (Schein-

Demokratie; Wahlfälschungen; Aufhebung der Unabhängigkeit der Judikativen).

Bei der Bundestagsrede 2001 beansprucht Putin eine Führungsrolle in der angestrebten Zusammenarbeit mit Deutschland.

Ungeachtet der nach den Terroranschlägen von 2001 sichtbar praktizierten Zusammenarbeit mit den USA (VN autorisierte Militäraktion in Afghanistan gegen Taliban und Bin Laden) kommt es nach dem Angriff der USA und GB auf den Irak im Jahre 2003 zum Bruch mit den USA, denen Weltherrschaftsansprüche unterstellt werden, denen sich die auf Augenhöhe stehende nuklearstrategische Macht Russland Paroli bietet und den Europäern den Frontwechsel suggeriert. (Schröder folgt diesem Aufruf).

Waffensysteme – Prioritäten

Die Fähigkeit begrenzter Militärinterventionen mit Verbänden, die im Verbund operieren können, ist das wichtigste Ziel der Militärreform. Dazu gehören die meist defizitären Kommunikationsmittel, Lufttransport, Luftunterstützung und maritime Operationen (Machtdemonstration), Zweitschlagfähigkeit der Nuklearstreitkräfte (U-Boote). Mit beweglichen nuklearen Mittelstreckenraketen im europäischen Raum muss die nukleare Erpressbarkeit europäischer NATO-Mitglieder möglich gemacht werden – keine aussichtslose Perspektive angesichts der strategischen Unsicherheiten, die die Trump-Präsidentschaft verursacht hat und angesichts der möglichen Verlagerung amerikanischer Sicherheitsinteressen von Europa nach Asien (Nord-Korea, China). In Bezug auf Europa haben Desinformationskampagnen zur Stärkung nationalistischer und neutralistischer Tendenzen eine Top-Priorität.

Akteure 2017

Putin wechselt den Beraterstab (Präsidialverwaltung und Sicherheitsrat) relativ häufig, um keine Nebenzentren der Macht entstehen zu lassen. Die Minister spielen eine Rolle bei der Umsetzung der Putin-Politik – vor allem die Präsidentin der Staatsbank, aber nicht in den strategischen Entscheidungen, bei denen sich Putin eher auf seine informellen Beraterkreise mit ND-Vergangenheit abstützt. Russland mutiert zu einer politischen Kultur mit den Stützpfählern der Armee und der Kirche sowie der an den Kreml gebundenen Unternehmen.

Russland soll ein unverzichtbarer Macht- und Einflussfaktor bei internationalen Krisen sein – vor allem in der geographischen Nachbarschaft, aber nicht nur dort, sondern auch in anderen Unruhezeiten (Südamerika, Afrika, Asien), um die USA und China an die Unverzichtbarkeit der Zusammenarbeit mit Russland zu erinnern. In Europa will Russland den Bruch der europäischen Staaten mit den USA fördern (Neutralismus, Nationalismus). Daher muss auch die europäische Union schwach gehalten werden.

Russische Sicherheitsinteressen in Europa

- Schwächung des Vertrauens und der Zusammenarbeit der europäischen NATO-Partner mit den USA und Kanada
- Direkte oder indirekte Dominanz in den früheren Sowjetrepubliken
- Verhinderung eines US-Raketenabwehrsystems in Europa
- Einflussoperationen in Schlüsseländern (baltische Republiken, Balkanländer wie Serbien, Griechenland)
- Traditionelle Einflusszonen: Italien, Deutschland, Schweden

Im Zuge anderer substrategischer Verschiebungen in Europa zugunsten Russlands könnte dieses Problem im Handstreich geregelt werden. Die Krim-Operation konnte gelegentlich einer akuten Ost-Westkrise (Majdan, Ukraine) gewaltsam „geregelt werden“ – nicht als Operation „out of the blue“. Die Ostukraine bleibt ein schwelender Konflikt, der je nach Lage angeheizt oder abgekühlt werden kann. In Belarus hört die Mehrheit der Bevölkerung russische Sender. Bei sozialen Spannungen könnte Moskau für einen Wechsel an der Spitze des Landes „sorgen“, ohne dass ein Schuss fällt.

Das Baltikum

Den drei baltischen Republiken geht es wirtschaftlich gut, was regionale Unterschiede nicht ausschließt. Russland ist für niemanden eine begehrte Alternative. Russland riskiert im Falle von „taktischen Spielchen“ im Baltikum, eine große Krise mit der EU und den USA/NATO. Wer mit dem Risiko eines Weltkrieges spielen will, muss die Lunte an die baltischen Republiken legen.

Im Gegensatz zur Zeit nach dem ersten Weltkrieg gibt es keinen „großen Führer“ (Lenin, Stalin), der die kommunistische Weltrevolution inszenieren will – gemäß den Textbüchern von Marx, oder der „sein Volk“ zur rein rassistischen Herrschaft über den Rest der Welt deklariert und deshalb die ganze Umgebung unterwerfen will und muss (Hitler). Wir haben es mit lokalen Konflikten und im Nahen Osten mit einem postkolonialen, begrenzten Konflikt

zu tun, dessen Wurzeln aus den kolonialen Herrschaftssystemen (GB, FR) bestehen, die auf den Trümmern des osmanischen Reichs nach 1918 errichtet wurden.

Maritime Interessen

- Operative Sicherung der maritimen nuklearen Zweitschlagkapazitäten
- Maritimer Schutz und maritime Beweglichkeit bei begrenzten militärischen Operationen (z.B. Mittelmeer, Fernost)
- Maritime Projektion der Interessen und der Macht des Landes – im Vergleich zu den USA und China
- Küstenschutz

Moskau und der Nahe Osten

Moskau will die Konsolidierung des US-Einflusses in der Krisenzone zwischen dem Hindukusch und dem Mittelmeer verhindern und daher in allen Ländern in dieses Raumes präsent und je nach Situation mit diesen Ländern zusammenarbeiten – z.B. im Rüstungsbereich, bei dem Bau von Öl- und Gasleitungen sowie in den Wirtschaftsabläufen des Landes. Es muss auch Einfluss nehmen, um diesen Raum nicht den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu überlassen. Es kann Akzente rasch verschieben, weil es in Russland keine offene Diskussion von Sicherheits- und Außenpolitischen Fragen gibt.

Interventionsräume im Nahen/Mittleren Osten

Sicherheitspolitische relevante Interventionen können in sehr unterschiedlicher Weise vorgenommen werden, z.B. im VN-Sicherheitsrat, durch Vermittlertätigkeit vor Ort, durch Waffenlieferungen an offizielle und nichtoffizielle Kriegsparteien, durch Militärberater sowie eigene Truppenteile (Syrien). Es fällt auf, dass Moskau die eigenen militärischen Operationen in Syrien für beendet erklärt hat – die Stützpunkte bleiben. Bedeutet das Vertrauen oder Misstrauen in Assad? Bedeutet es ein abnehmendes Verständnis der russischen Öffentlichkeit für russische Verluste in Syrien? Auch die Beziehungen mit Erdogan und der Türkei sind ambivalent.

Im Mittelmeerraum bemühte sich die Sowjetunion, bemüht sich Russland um Hafen-Einrichtungen in Griechenland (NATO-Mitglied), einem Land mit starken Sympathien für Russland.

Normalerweise beteiligt sich Russland mit indirekten Aktionen in instabilen Ländern (Libyen, Jemen).

Es überrascht die Zurückhaltung in Bezug auf den Irak, einem traditionellen Partner der Sowjetunion. Auf den Irak wirken heute vor allem die USA, der Iran und die Türkei ein.

Zusammengefasst:

Russland will überall als wichtiger Machtfaktor wahrgenommen werden – mit möglichst geringem Engagement in Militäroperationen.

Interessen in Zentralasien

Zentralasien soll in die Eurasische Wirtschaftsunion unter russischer Führung einbezogen werden. Das ist ein strategisches Ziel, das nur von einigen Eliten in Zentralasien geteilt wird. Die Länder haben ihre eigenen internationalen Verbindungen, die sie nicht zugunsten der Einordnung in das russische Projekt preisgeben wollen. China, Indien, Europa und die USA sind für diese Länder wichtige, unverzichtbare Partner bei der Modernisierung der Volkswirtschaften und der Verbreiterung der Bildung im Lande. Russlands Ressourcen sind begrenzt, mit denen es diese Länder an sich binden könnte. Auf Wunsch prorussischer Kräfte kann Moskau vereinzelt zur Stabilisierung der Regierungsverhältnisse auch Militärhilfe leisten.

Militäreinsätze?

In der Regel verständigt sich Moskau mit der jeweils herrschenden Elite. Wird sie ausgetauscht/gestürzt, wechselt die Beziehung zu den neuen Machthabern. Für Moskau spielt der Gedanke demokratischer Legitimation keine Rolle. Es gibt Grenzkonflikte zwischen Afghanistan und zentralasiatischen Ländern; auch bürgerkriegsähnliche Zustände in Tadschikistan. In allen diesen Fällen ist Russland an diplomatischen Lösungen interessiert, vielleicht auch an vereinzelt militärischen Hilfestellungen. Die Situation würde sich grundsätzlich verändern, wenn eine andere Weltmacht – China oder die USA – sich gewaltsam in einem oder anderen Land des zentralasiatischen Raumes militärisch festsetzen würde. Die USA und Deutschland haben militärische Transporte über diese Länder geleitet und Depots auf Flughäfen unterhalten – während der Militäraktionen gegen die Taliban und Bin Laden in Afghanistan. Dabei war Russland als Transitland involviert.

Iran

Mit dem eigenen sicherheitspolitischen Engagement im Nahen und Mittleren Osten, in Zentralasien aber auch in Südasien will Moskau die Bildung von bündnisähnlichen Beziehungen dieser Länder zu den USA und China verhindern. Europas Bindungen an und mit diesen Ländern werden nicht per se als strategische Bedrohung angesehen.

Russland und der Kaukasus

Die West-Orientierung der drei südkaukasischen Länder wird als „unnatürlich“ angesehen. Daher unternimmt Moskau alles in seinen Kräften Stehende, um diese Westorientierung zu unterminieren, z.B. die Abspaltung von Abchasien und Südossetien von dem Staatsgebiet Georgiens, das Schüren des armenisch-aserbaidschanischen Konflikts.

Sicherheitsinteressen im Kaukasus

Moskau will die NATO-Mitgliedschaft der südkaukasischen Länder verhindern, und das dürfte auch gelingen, weil eine Garantie im Sinne des Artikel 5 des NATO-Vertrages glaubwürdig nicht gegeben werden kann, und NATO nicht als unzuverlässig vorgeführt werden darf. Die Option der Mitgliedschaft mag offengehalten werden. Es könnten sich andere strategische Konstellationen ergeben.

Kollektiver Sicherheitsvertrag

Mit dem am 15. Mai 1992 geschlossenen „Vertrag über kollektive Sicherheit“ versuchte die Russische Republik, unter ihrer Führung die Nachfolgestaaten der im Dezember 1991 aufgelösten Sowjetunion auf dem Gebiet der gemeinsamen Verteidigung zu organisieren und ein international anerkanntes System der Sicherheit zu schaffen. Die Ukraine verweigerte die Mitwirkung in diesem „Organ“ der von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Jahre 1991 geschaffenen „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“, der alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion – außer den baltischen Republiken – angehören. Die baltischen Republiken haben ihre Sicherheit von vornherein durch Annäherung an den Westen zu sichern versucht. Später traten auch Georgien und Aserbeidschan aus. Auch Usbekistan und Turkmenistan nehmen an der Organisation nicht teil.

Die Organisation ist als regionale Sicherheitsorganisation von den Vereinten Nationen anerkannt und besitzt Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Im Falle der Abchasien-Krise hat Moskau in den neunziger Jahren eine internationale Sicherheitstruppe dieser Vertragsorganisation in Abchasien

stationiert. Die Organisation ist als Vertragspartner der NATO von diesem westlichen Bündnis nicht anerkannt worden.

Angesichts der Größenunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten ist die Dominanz der Russischen Föderation nicht zu übersehen. In diesem Sinne ist dieses Sicherheitssystem ein politisches Werkzeug der Russischen Föderation.

Bei mehr als einer Gelegenheit hat Russland für den OSZE-Raum den Abschluss eines Vertrags über kollektive Sicherheit vorgeschlagen, dessen wichtigstes Merkmal das Vetorecht aller Mitgliedstaaten bei Beschlüssen der Organisation sein würde. Bei der Nordatlantischen Allianz werden im Frieden Beschlüsse einstimmig getroffen, aber im Konfliktfall kann kein Mitglied andere Mitglieder an der Anwendung des Artikels 5 (Beistandspflicht) hindern. Darauf beruht die Glaubwürdigkeit der Bündnispflicht des Nordatlantik-Bündnisses.

Die Rolle Russlands im Pazifischen Raum

Im Unterschied zu den USA, China und Japan ist Russland im pazifischen Raum keine starke Wirtschaftsmacht, also in geringem Masse Gestaltungsmacht. In militärischer Hinsicht ist Russland als strategische Macht und mit seinen starken konventionellen Streitkräften ein wichtiger Faktor, der in Betracht gezogen werden muss oder als Gestalter von Krisen wirkmächtig ist.

Wegen der offenen Frage des noch ausstehenden Friedensvertrages ist eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Japan und Russland im Umgang mit China nicht gegeben.

Für Russisch-Fernost ist die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den großen Wirtschaftsnationen Südkorea, Japan, USA und China wichtig, obschon dieser Raum integral zum russischen Wirtschaftsraum gehört, dessen Zentrum allerdings im Westen und Süden des Landes liegt – und eben nicht im Osten Russlands. Russland schwächt sich im Osten, solange es nicht zu einer, beide Seiten befriedigenden, friedensvertraglichen Regelung mit Japan kommt. Japan braucht wegen der Ungewissheiten des Verhältnisses zu Russland und angesichts der Konkurrenzsituation zwischen China und Japan das Bündnis mit den USA. Der Dritte im Bunde ist Taiwan.

Herausforderungen, Defizite der russischen Sicherheitspolitik

- Technologischer Rückstand gegenüber der von Innovation getriebenen westlichen Wirtschaft und Rüstungspolitik

- Abhängigkeit der russischen Stabilität von einem auf Gewalt, also nicht auf einer unabhängigen Rechtsordnung beruhenden Staats- und Gesellschaftssystem
- Russland ist Revisionsmacht in Europa und daher kein verlässlicher Vertragspartner für Sicherheitsvereinbarungen in Europa.
- Russlandverstehler in Deutschland müssen sich darüber im Klaren sein, dass Russland die Herauslösung Deutschlands aus dem Nordatlantischen Bündnis zu erreichen sucht und dann die Europäische Union und ihre Mitglieder der nuklearen Erpressung durch Russland aussetzen kann (außer Großbritannien und Frankreich, die aber den anderen europäischen Ländern keine nukleare Garantie geben können).
- Russlandverstehler leugnen die Gefahr der strategischen, der nuklearen Erpressbarkeit Deutschlands und Europas durch Russland. Sie sehen in erster Linie die USA als Gefahr für Europa und nicht Russland.
- Deutschland erfüllt nicht einmal die Mindestanforderungen des Bündnisses an die deutschen Streitkräfte. Daher ist Deutschland – das wirtschaftliche Schwergewicht Europas – gleichzeitig der größte Risikofaktor für die Sicherheit und Freiheit Europas.

Viele Vertreter anderer Staaten in Europe ventilieren diese Befürchtung. In Deutschland wird die offene Auseinandersetzung über diese Problematik verdrängt.

Berlin,
November 2017

Literatur:

Ludwig Dehio „Gleichgewicht oder Hegemonie in Europa“